

## Keine Panik

**Auch die DDR hat Smog-Alarmpläne. Sie sind allerdings geheim – und unwirksam.**

„Wolkenloser Himmel und Sonnenschein“, so begann die (Ost-)„Berliner Zeitung“ mit sozialistischem Optimismus am vergangenen Montag einen Bericht über die Freizeit der Ost-Bürger, „lockten am Wochenende zahlreiche Berliner in die Umgebung der Stadt. Bei Temperaturen um minus zwei Grad und nur geringem Wind hieß es für viele ‚Ski und Rodel gut‘.“

Zu dieser Zeit hatten die West-Berliner Behörden bereits Smog-Alarm der Stufe eins ausgerufen – im Westen der Stadt standen die Autos still, der Osten tat, als ginge ihn das alles nichts an.

Zwar gibt es, nach Angaben des DDR-Umweltministers Hans Reichelt, auch in der DDR Alarmpläne für den Smog-Fall. Aber die sind streng geheim. Sogar das Wort „Smog“ hat bislang nur durch die Hintertür Eingang ins ostdeutsche Vokabular gefunden. Offiziell reden die Behörden bei Wettermeldungen verschämt von „Industrienebel“.

Die Smog-Pläne Ost, haben DDR-Grüne recherchiert, regeln allein die Drosselung des Schadstoff-Ausstoßes in Großbetrieben. Diese Kombinate werden vom Ministerium im Ernstfall per Rundspruch direkt verständigt.

Autos unterliegen keinen wirksamen Smog-Beschränkungen. 65 bis 70 Prozent der DDR-Wagen sind Zweitakter der Marken „Trabant“ und „Wartburg“ und daher besonders umweltfeindlich. Lediglich eine „Standgasbestimmung“ schreibt vor, bei längerem Halt den Motor abzustellen. Doch daran hält sich niemand, kontrolliert wird nicht. Daß DDR-Bürger selbst während des Einkaufs beim Bäcker den Motor laufen lassen, hat technische Gründe.

Als ein Ost-Berliner Öko-Freak am vergangenen Montag einen Trabi-Fahrer zur Rede stellte, antwortete der nur: „Wat willst denn, wenn ick den Wagen abschalte, weeb ick nich, ob er je wieder anspringt.“

Auf ihr Auto können die Ost-Berliner schon deshalb nicht verzichten, weil sonst die DDR-Industrie zum Erliegen käme. Die Nahverkehrsbetriebe haben keinerlei „Kapazitätsreserven“. Der knappe Fuhrpark ist zudem vielfach veraltet – Folge der Prioritätenliste der SED. Bis 1990 ist vorrangig das Wohnungsproblem zu lösen, Straße und Verkehr sind erst danach dran.

Im Industriebereich sieht es nicht besser aus. Die Produktion wegen Smogs zu drosseln, ist für die Direktoren der Kombinate undenkbar, mit Sonderschichten müssen sie Planrückstände der zurückliegenden Frostperiode aufholen.



**Smog In Ost-Berlin\*:** „Wolkenloser Himmel und Sonnenschein“

Eine Abkehr vom Energieträger Nummer eins, der stark schwefelhaltigen Braunkohle, ist nicht in Sicht. Geplant ist vielmehr, die Förderung von derzeit 319 auf 335 Millionen Tonnen pro Jahr bis 1990 zu steigern. Durch die nicht entschwefelten DDR-Schloten werden Berlin, Kassel oder Hamburg also zukünftig bei Südostwinden eher noch mehr zu leiden haben.

Erst in einigen Jahren wird die erste im Westen bestellte Entschwefelungsanlage für das Ost-Berliner Kraftwerk Rummelsburg funktionieren. Sie soll etwa 30 000 Tonnen Schwefeldioxid zurückhalten – 0,5 Prozent der DDR-Emission von sechs Millionen Tonnen.

Sie ist deswegen so hoch, weil die DDR in den letzten zehn Jahren fast überall im Lande von schwefelarmer Steinkohle auf schadstofffreie Braunkohle – den einzigen heimischen Energieträger – umgestellt hat. Auch das früher für Heizzwecke und zur Stromerzeugung genutzte Erdöl wurde anderweitig verwendet: devisenbringend exportiert.

In Schwedt und Leuna entstanden Ölraffinerien, die das aus der Sowjet-Union importierte Öl nahezu rückstandsfrei veredeln können. Diese „hellen Ölprodukte“ wurden gegen harte Devisen vertrieben: Allein im innerdeutschen Handel konnte die DDR 1985 sie für 1,7 Milliarden Mark verkaufen.

Die Kehrseite spüren die DDR-Bürger. Ganze Regionen wurden in der Lausitz durch den Braunkohletagebau zu Geisterlandschaften, 50 000 Menschen müssen in den nächsten Jahren der vorrückenden Kohle weichen. Und noch immer arbeiten südlich von Leipzig

Dreckschleudern, die schon in den 70er Jahren stillgelegt werden sollten. Atemwegserkrankungen der Bevölkerung sind an der Tagesordnung.

Der Ölpreiseinbruch vor einem Jahr hat die Energie-Politik der SED eigentlich sinnlos gemacht, für die Produkte aus Leuna und Schwedt kommt kaum noch Geld herein. Die Rückkehr zum Öl brächte kurzfristig eine erhebliche Entlastung gegenüber der Braunkohle. Extreme Smog-Situationen könnten gemildert werden, als Überbrückung zu grundlegenden Lösungen: entschwefelte Kraftwerke, energiesparende Produktionstechniken und umweltfreundliche Braunkohlevergasung. Darüber hinaus sind wirksame Smog-Verordnungen wie im Westen dringend erforderlich.

Ostdeutsche Öko-Gruppen haben denn auch bereits 1985 in Eingaben an das Zentralkomitee der SED, an das Umweltministerium und die Räte der Städte vorgeschlagen, sie zu erlassen. Nur einzeln bekamen sie Antwort, und die war immer abwiegeln: Die Besorgnis sei zwar lobenswert, aber man wolle keine Panik verbreiten. Die Briefschreiber könnten sich darauf verlassen, daß Staat und Partei alles Notwendige unternähmen – schließlich stehe im Sozialismus der Mensch im Mittelpunkt.

Die Versuche von Öko-Gruppen, private Meßsysteme aufzubauen, sind bislang gescheitert, es fehlt an der notwendigen Technik. Die könnte nur aus dem Westen kommen. Wenn andererseits die Öko-Freaks eine Bodenprobe zur Untersuchung in den Westen schaffen, machen sie sich strafbar.

Ihr Vergehen: die Weitergabe von Nachrichten, „die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden“.

\* Am Montag vergangener Woche.